

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

wir können uns erst heute mit diesem Antrag zur Verhinderung erhöhter Sitzungsgelder für die Aufsichtsräte der Rheinenergie AG beschäftigen, weil sie in der letzten Ratssitzung eine Dringlichkeit verneint haben. Das ist ja inzwischen nichts neues mehr, daß Sie bei Anträgen der Fraktion pro Köln eine Dringlichkeit stets verneinen, auch wenn sie sachlich und objektiv absolut gegeben ist. Dagegen werden die Anträge der großen Fraktionen immer auch dann als dringlich eingestuft, wenn überhaupt keine objektiv begründbare Dringlichkeit vorliegt und die Verantwortlichen von CDU oder SPD lediglich die regulären Antragsfristen versäumt haben.

Aber an diese und andere Geschäftsordnungstricks zur Diskriminierung unserer unbequemen Ratsfraktion haben wir uns inzwischen schon gewöhnt. Lassen Sie mich deshalb zurück zum eigentlichen Thema kommen:

Der Kölner Presse war im September zu entnehmen, daß die Aufsichtsräte der Rheinenergie höhere Sitzungsgelder haben wollen. Die Arbeitnehmervertreter im Gremium würden laut Aufsichtsratsvorsitzendem Prof. Bietmann sogar eine Erhöhung von 500 Euro auf 1.000 Euro pro Sitzung wünschen, während Klüngel-Bietmann geradezu bescheiden lediglich eine 50prozentige Erhöhung auf 750 Euro pro Sitzung ins Spiel gebracht hat.

Meine Damen und Herren,

für etablierte Politiker in Köln mögen dies nur Peanuts sein. Für die Fraktion pro Köln hingegen ist dies ein weiterer Mosaikstein im Bild von der vollkommenen Abgehobenheit und Volksferne der Kölner Kommunalpolitik. Während den einfachen Bürgern ständig Wasser gepredigt wird, schenken sich die Kommunalpolitiker in halböffentlichen Gesellschaften und Unternehmen ungeniert Wein ein. Den Gürtel sollen immer nur die Bürger enger schnallen, ja nicht die Politiker.

Die Fraktion pro Köln spielt dabei nicht mit! Wir halten diese Einstellung für maßlos und unangemessen. Gerade in wirtschaftlich schweren Zeiten müssen die öffentliche Hand und ihre Repräsentanten – also wir alle hier im Saal – mit gutem Beispiel vorangehen. Es kann nicht sein, daß sich die Seilschaften der politischen Klasse in dieser Stadt überall die Taschen vollstopfen und nie genug kriegen. Ein Aufsichtsratspöstchen hier, eine Sitzungsgelderhöhung da – ein bißchen was geht immer!

Die geplante 50prozentige Erhöhung der Sitzungsgelder beim Rheinenergie-Aufsichtsrat ist schamlos und unsittlich angesichts der Tausenden Kölner Bürger, denen jährlich der Gas- oder Stromhahn wegen ausbleibender Zahlungen abgedreht wird.

Ebenso schamlos und unanständig ist es, wenn ausgesuchte etablierte Politiker auf Kosten der Rheinenergie AG auf Luxusschiffen Festmähler veranstalten und 5-Sterne-Menüs schlemmen, während den Kölner Gas-kunden erneut mit einer saftigen Preiserhöhung in die Taschen gegriffen wird.

Meine Damen und Herren,

täuschen Sie sich nicht:

Die Bürger haben ein feines Gespür für Ungerechtigkeiten aller Art. Die Menschen in Köln merken genau, wenn sich die Parteien von CDU bis Grüne zur eigenen Gewinnmaximierung absprechen und ein politisches Kartell zur Lösung der eigenen sozialen Frage gründen. Die Menschen draußen lassen sich nicht länger mehr verschaukeln und von unglaublich unwürdigen Politikern die x-te „Gürtel-enger-schnallen“-Predigt halten. Erst recht, weil sie in der Domstadt mit der Bürgerbewegung pro Köln eine seriöse politische Oppositionskraft zur Abstrafung der Etablierten haben.

Tun Sie sich also selbst einen Gefallen und leisten Sie einen Beitrag gegen noch mehr Politik- und Demokratieverdrossenheit:

Stimmen Sie unserem Antrag zu. Fordern Sie die die städtischen Vertreter im Rheinenergie-Aufsichtsrat auf, die Erhöhung der Sitzungsgelder abzulehnen!

Vielen Dank!

(Es gilt das gesprochene Wort)